7. Jahrgang Nr. 485

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Montag, 13. Oktober 1919

Der neue Krieg im Baltikum.

Ultimatum Bermondts an Lettland. — Ein Hilfegesuch der lettischen Regierung. — Zusammengehen der baltischen Völker gegen Bermondt und die Bolschewisten. — Riga nicht gefallen.

Helsingfors, 12. Oktober.

Nach hier vorliegenden Meldungen sandte Bermondt der lettischen Regierung ein Ultimatum, in dem er eine vollständige Neuorientierung ihrer Politik verlangt. Die lettische Regierung übersiedelte nach Rodenpois. Gegenwärtig ist Riga noch in lettischem Besitz. Die deutsche Gesandtschaft versuchte, Riga vor Beginn der Operationen zu verlassen, wurde aber lettischerseits zurückgehalten. Das Lettische Pressebureau meldet: Angriffe in Richtung Seckau, Friedrichstadt und Olai unter Teilnahme von Panzerzügen und Flugzeugen. Englische und französische Kriegsschiffe liegen vor Riga gefechtsbereit. Die lettische Regierung richtete ein Hilfegesuch an die Alliierten, die Polen und Estland. General Judenitsch hat Bermondt als Landesverräter erklärt und eine Reihe Offiziere zum Abfall aufgefordert.

*

Der General Judenitsch ist der Führer der „rechtmäßigen" bolschewikigegnerischen russischen Armee.

Der estnische Generalstabsbericht.

Reval, 13. Oktober. (T. U.)

Laut offiziellen Mitteilungen des Generalstabs vom 11. Oktober ist das estnische Heer bei Pskow und Jamburg gegen die Maximalisten in eine heftige Offensive eingetreten, während bei Ri[illegible] russische Panzerzüge die Letten gegen von der Goltz und Bermondt defensiv unterstützen.

Die russische Nordwestarmee nahm Jamburg ein. Bei Pskow vertrieben die Esten die Bolschewiki aus Poddubje und Grjazische. In Richtung Pskow nimmt die estnische Pejpusflotte an den Operationen teil. Von der Rigafront meldeten die estnischen Kampfzüge vom 11. Oktober abends, daß sie die alten Stellungen wiedergenommen und an der Düna Artillerie-, Maschinengewehr- und Gewehrfeuer gewechselt wird.

Der neue Angriff seitens Bermondts hat die Bande zwischen den Esten und Letten noch fester geknüpft. Die estnische Presse und Oeffentlichkeit ist sehr zuversichtlich und feuert die Soldaten an, mit allen Kräften den Kampf durchzuführen.

Paris, 12. Oktober.

„Liberté" wird aus London berichtet, daß die Nachricht von der Besetzung Rigas durch die Deutschen von bezufener skandinavischer Seite dementiert wird.

*

Die Darstellung der „Liberté" redet mit Absicht von den „Deutschen", die Riga noch nicht besetzt hätten! Bei den gegen Riga operierenden Truppen handelt es sich aber nicht um deutsche Heereskörper, sondern um die Abenteurergarden des Reaktionärs Awalow-Bermondt.

Goltz auf der Heimfahrt?

Amsterdam, 12. Oktober.

Das Reutersche Bureau meldet aus London mit Bezug auf die Lage in den baltischen Provinzen, daß General v. d. Goltz vor drei bis vier Tagen nach Berlin abgefahren ist. Von einer Bewegung „seiner hunderttausend Mann" sei jedoch bisher nichts zu bemerken.

*

Entgegen der vorstehenden Meldung beeilen sich die offiziösen „P. P. N.", festzustellen, daß v. d. Goltz noch immer im Baltikum weile und an der Arbeit sei, die Truppen zur Rückkehr zu bewegen.

Die Haltung der Regierung diesem Manne gegenüber ist uns völlig unklar. Weiß sie noch immer nicht, daß v. d. Goltz bei den Alliierten als der spiritus rector des ganzen Wirrwarrs angesehen wird und darum schleunigst zurückkehren muß? Wenn die Regierung ihm den Befehl gegeben hat, das Baltikum zu verlassen, dann ist es unerklärlich, wie offiziöse Nachrichtenstellen den offenbaren Ungehorsam mit Lobesäußerungen für seine Arbeit noch täglich patentieren können!

Vertrag zwischen Amerika und Lettland.

Helsingfors, 12. Oktober.

Nach der lettischen Presse hat Lettland einen Vertrag mit Amerika abgeschlossen, der für die zukünftige Stellung der Randstaaten von grundlegender Bedeutung ist.

Für die sozialistische Einigung.

Ein Preßfeldzug.

Die seit länger als drei Viertel Jahre hindurch gemachten Versuche, die durch den Krieg und mehr noch durch die Revolution auseinandergerissene Sozialdemokratie wieder zu vereinigen, verliefen bisher stets völlig erfolglos. Ja, es ist nicht zuviel behauptet, wenn gesagt wird, daß der Riß von Monat zu Monat größer, die Möglichkeit einer Verbrüderung immer unwahrscheinlicher wurde. Die Bemühungen der Ligens zum Zwecke der Wiedervereinigung gegründeten „Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie", an deren Spitze sich der immer versöhnungswillige Eduard Bernstein gestellt hatte, sind über die Bildung eines Bureaus und die Abhaltung einiger hundert Versammlungen nicht hinausgekommen. Wer jemals einer der von den Angehörigen aller Richtungen besuchten Abende beigewohnt hat, den ganzen Jammer in Lebensgröße vor Augen und Ohren erstehen sah, der ging mit dem Gefühl nach Hause, daß diese Wellen auch mit einer noch so reichen Fülle friedlichen Oeles nicht zu glätten seien. Nichtsdestoweniger haben wir alle Einigungsbestrebungen stets mit dem wärmsten Interesse verfolgt, da auch wir in der Einigung der Sozialdemokratie auf demokratisch-parlamentarischer Basis eine Lebensnotwendigkeit der deutschen Republik erblicken. Darum begrüßen wir es auch, daß jetzt ein neuer, größer angelegter Feldzug für die Versöhnung von verschiedenen Seiten aus eingeleitet wird. Gestern schrieb Scheidemann im „Vorwärts" über „Die deutsche Schicksalstage" und heute haben die „Welt" und die „Zeit am Montag" dem Einigungsgedanken gewidmete Nummern herausgebracht. In der „Welt" sprechen Gerlach, Ströbel, Kautsky, Breitscheid, Kaliski, Löbe, Bernstein und andere Führer noch einmal die dringende Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens aus, ohne sich die Schwierigkeiten zu verhehlen, die dem Gedanken entgegenstehen. So schwierig aber auch die einzelnen Klippen — namentlich die Personenfragen — sein mögen, so unerläßlich ist es doch, daß der Weg einmal mit vollem Ernst beschritten werde. Der deutschen Reaktion, die Tag für Tag mit dem Blut des Bruderkampfes ihre morschen Mühlen antreiben sucht, muß eine einmheitliche Phalanx entgegengestellt werden, wenn der Winter und die Wahlen das Elend nicht vollenden sollen.

Wie einst im Mai. Aus Kattowitz wird berichtet: Gestern nachmittag kurz nach 4 Uhr traf Reichswehrminister Noske zur Besichtigung des Abschnitts B in Kattowitz ein. Heute früh gegen 9 Uhr fuhr Noske im Auto nach dem Paradefelde Borwerk Brynow, wo die Besichtigung der in Kattowitz liegenden Regimenter stattfand. Die Vorstellung erfolgte durch Generalmajor v. Heimburg. Noske nahm den Parademarsch ab. Daran schloß sich um 2 Uhr ein Essen, an dem außer Noske die Spitzen des oberschlesischen Militärs teilnahmen. Gegen 3 Uhr begab sich Noske mit den Spitzen des Militärs nach Myslowitz an die Drei-Kaiser-Hütte, wo am Bismarck-Turm die Parade über einen Teil der dort liegenden Truppen abgenommen wurde. . . . Uhr.

Der formale Frieden.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden.

Versailles, 12. Oktober.

Laut „Journal" wird Präsident Poincaré jedenfalls heute oder morgen die Ratifizierungsurkunde zeichnen, die Veröffentlichung durch das „Journal Officiel" werde sofort erfolgen. Wenn der Senat den Kammerbeschlüssen zustimme, werde der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Gesetzes über die Ratifizierung amtlich als das Ende der Feindseligkeiten angesehen werden. Hierauf müßten die Alliierten Deutschland benachrichtigen, daß drei gegnerische Großmächte den Frieden ratifiziert hätten, und dann müßten Vertreter dieser drei Großmächte mit Vertretern Deutschlands die Ratifizierungsurkunden austauschen. Das Protokoll hierüber müßten die Vertreter der Mächte unterzeichnen, und damit würde der Friedensvertrag in Kraft treten.

Der Fiumescherz beendet?

Ministerrat in Rom.

Lugano, 13. Oktober. (T. U.)

Gestern fand in Rom ein Ministerrat statt, von dem man erwartet, daß er definitive Beschlüsse über die Erledigung des Zwischenfalls von Fiume gefaßt hat.

Wilsons geheimnisvolle Krankheit.

Frankfurt a. M., 13. Oktober.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus New-York: Die Zeitungen erörtern schamvoll Wilsons Zustand, der voraussichtlich einige Wochen lang die Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte unmöglich mache. Die „World" und andere Blätter verlangen volle Wahrheit über die Natur der Erkrankung.

Die bayerische Krise beigelegt. In der gestrigen Bundeskonferenz der sozialdemokratischen Partei wurde eine Entschließung angenommen, daß die jetzige Regierung unter dem Ministerpräsidenten Hoffmann in ihrer bisherigen Zusammensetzung weiter bestehe. Damit ist die gemeinsame Verantwortung für alle bisherigen und weiteren Regierungsmaßnahmen festgelegt und die Grundlosigkeit der maßlosen Angriffe gegen die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder in aller Form anerkannt.

Der Journalistentag in Aschaffenburg. Die Delegiertenversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Aschaffenburg führte am ersten Tage die Neuordnung der Satzungen des Verbandes auf der im Frühjahr in Berlin geschaffenen Grundlage zu Ende. Im Laufe der Verhandlungen kam der einmütige, feste Wille zum Ausdruck, der Organisation solche Stoßkraft zu geben, daß die wichtigsten Bürgschaften für die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Journalisten gegen alle Widerstände auf gewerkschaftliche Art durchgesetzt werden. Am zweiten Sitzungstage werden Besoldungsfragen behandelt.

Der Notenwiderspruch.

Die Ansichten eines Diplomaten.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" beschäftigt sich „ein Diplomat" mit den Widersprüchen der beiden letzten Ententenoten. Er sagt über die Note des Obersten Rates, die eine Blockade gegen Sowjetrußland vorschlägt:

„Man könnte sagen: daß deutsche Truppen den Bolschewismus bekämpfen, müßte den Urhebern der Blockadenote genehm sein; daß sie aber gleichzeitig den russischen Vorhof okkupieren, paßt der Entente nicht. Daher die Aufforderung, sich an einer anderen Art des Kampfes zu beteiligen. Daß unsere Armut, das Fehlen einer gemeinsamen Grenze mit Rußland, die englische Beherrschung der Ostsee unsere Teilnahme an der Blockade fast bedeutungslos macht, braucht die Entente nicht zu hören; es wird ihr vor allem auf die Weltinsamierung der Bolschewisten ankommen, mit denen sich keiner verunreinigen darf. Denn wäre die Aufforderung der Note Anzeichen einer radikalen Aenderung des Ententekurses gegenüber Rußland, oder richtiger: endlich das Einschlagen eines einheitlichen Kurses. . . . Denn seit der geplanten Konferenz auf den Prinzeninseln, über Bullitt, Lloyd George, Wilson — wobei jeder Name eine Kursänderung bedeutet — befand die Ententepolitik in einem hilflosen Hin und Her, einem schmählichen Auftreten, einem ratlosen Gewährenlassen, einer halben Anerkennung Denikins, einem halben Fallenlassen Kolschaks, einem Zechtelmechtel mit der russischen Diplomatenclique alten Stils in Paris und gleich darauf einer demokratischen Deklamation Wilsonschen Stils nach Moskau. Kein Mensch wußte, woran er war, abgesehen von den alliierten Agenten, die über ganz Rußland verbreitet sind und auf die offizielle Politik ihrer Länder nicht hereinfallen.

Die Blockadenote wendet sich an so etwas wie einen noch nicht konstruierten Völkerbund. Mit der völkerbundwidrigsten Aufforderung der Welt. Und wir, in der Schlinge einer halben Blockade, sollen gegen ein anderes Land die ganze, die dichteste, die lebensgefährlichste mitspielen helfen. Immer einer bei anderen Henker. Wo sind die englischen, die französischen Sozialisten, die doch wohl noch das Stenogramm von Bern und Lugern in der Tasche haben? Oder das Welt- und Generalstreikprogramm gegen eine Bergewaltigung Moskaus? Was werden die Neutralen sagen? Fühlen sich die Ententeregierungen nach den Erfolgen in Bologna, im Pariser Generalstreik, im englischen Eisenbahnerstreik so fest im Sattel, daß sie ihre Oppositionen einfach niederreiten zu können glauben? Beherrscht der Ordnungsblock, der in den französischen Kammerwahlen siegen will, heute die Welt? Ein Wahlprogramm als System der Weltpolitik? Der „Temps" kann sich nicht genug tun in Diskreditierung des Sozialismus als der Staatsform des Bankerotts. Dazu setzt die große Fanfare gegen den Bolschewismus, dessen Vorfrucht die Sozialdemokratie ist. So gesehen, ist sich das Rätsel: Frankreich wird von zwei Herrschern regiert, Chauvinismus und Antibolschewismus. Der eine müßt seine Portion Deutschenverdächtigung haben, also Räumung des Baltikums und keine Verwendung deutscher Truppen gegen die Bolschewisten. Der andere muß auf dem Kampf gegen den Sowjet bestehen; also Blockade und Einladung an Deutschland, mitzukämpfen. Eine Politik mit täglicher Kündigung, kurzsichtig und widersprechend, der Sieg der Taktik über die Strategie, der Rausch über die Idee. Deutschland wird sich hüten müssen, eine Politik mitzumachen, über deren Dauer der Ausfall der französischen Wahlen entscheidet."

Die Frage ist nur die, ob uns die Entente Zeit läßt, unsere Entscheidung bis hinter die französischen Wahlen zu verschieben. Wir offen ist es ganz falsch, zu sagen, daß wir einen „Aufschub" . . . Der Vertrag von Versailles hat für die weitere deutsche Politik eine absolut zwangsläufige Lage geschaffen. Wenn uns die Entente zu Maßnahmen nötigt — auch wenn das in der Form einer „Bitte" geschieht — so tragen wir dafür keine Verantwortung, sondern die, die ihre Macht dazu mißbrauchen, Deutschland zu zwingen.

Haase's Befinden.

Einblick einer Verschlimmerung.

In dem Befinden des Abgeordneten Haase ist leider eine nicht unbedenkliche Verschlimmerung eingetreten. Der Patient hat seit einigen Tagen Fieber, das am Sonntag nachmittag auf 39,1 gestiegen war. Die Ursache dieser Verschlimmerung ist anscheinend eine Blutvergiftung. Haase leidet heftige Schmerzen und hat infolgedessen die ganze Nacht zum heutigen Montag keinen Schlaf finden können. Professor Rotter wird wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages eine Punktierung des stark angeschwollenen Knies vornehmen. Wie wir hören, wird vermutlich noch Geheimrat Bier zur Behandlung des Patienten zugezogen werden.

*

Das Verbot der „Freiheit" (die am heutigen Morgen wieder erschienen ist) veranlaßt die Parteileitung der U. S. P. D., zum morgigen Abend 30 öffentliche Versammlungen in Groß-Berlin einzuberufen. Die Kundgebungen sollen den Protest gegen den Belagerungszustand ausdrücken.

Politische Nachrichten.

An zuständiger Stelle erfahren die „P. P. N.", daß alle preußischen Staatsminister beschlossen haben, auf die ihnen zustehende Entschädigungssumme zu verzichten.

*

Der Reichsparteitag der deutschen Zentrumspartei wird, wie die „Germania" mitteilt, im November im Berliner Reichstagsgebäude stattfinden, und zwar voraussichtlich vom 20. bis 23. November. Die Satzung dieser Parteiorganisation ist am Sonnabend von der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung beraten worden. Die Wahlen zum Parteitag sollen Anfang November stattfinden.

Streiks in den Stadtverwaltungen.

Streik der Hilfskräfte in Neukölln. — Drohender Streik in Berlin.

Die Aushilfskräfte beim Magistrat in Neukölln sind heute morgen in den Streik getreten. Dadurch sind die Arbeiten in den verschiedenen Bureaus unterbrochen. Beim Berliner Magistrat sind die Hilfskräfte ebenfalls mit Gehaltsforderungen an den Magistrat herangetreten. Sie fordern durchschnittlich eine Aufbesserung ihrer Gehälter von 200 bis 250 Mark für den Monat mit rückwirkender Kraft vom 1. Juni 1919. Da gegenwärtig beim Berliner Magistrat etwa 15 000 Hilfskräfte beschäftigt werden, so würde durch diese Gehaltsforderung eine sofortige Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer vorgenommen werden müssen. Der Magistrat hat sich daher an den zuständigen Schlichtungsausschuß gewandt, und dieser hat am Sonnabend in später Abendstunde seinen Schiedsspruch gefällt. Danach soll den Hilfskräften unter 18 Jahren eine monatliche Gehaltserhöhung von 25 Mark, und den über 18 Jahren eine solche von 100 Mark gewährt werden. Diese soll rückwirkend vom 1. September 1919 gezahlt werden. Mit dieser Gehaltsaufbesserung sind die Hilfskräfte nicht einverstanden, zumal den städtischen Arbeitern vom Magistrat in den letzten Tagen eine außerordentliche Lohnerhöhung gewährt wurde. Die Hilfskräfte hatten daher heute morgen in den einzelnen Bureaus Vollversammlungen abgehalten und eine geheime Abstimmung über den Streik vorgenommen. Diese Abstimmungen haben ergeben, daß, soweit bisher bekannt wurde, die Hilfskräfte fast sämtlich für den Streik stimmten. Im Bureau der Streikleitung werden die Ergebnisse der Abstimmungen entgegengenommen. Es besteht wenig Aussicht auf eine friedliche Einigung.

Der Berliner Magistrat zahlt zurzeit an die Aushilfskräfte folgende monatliche Gehaltssätze. Einfache Hilfskräfte, ledige 375 Mark, verheiratete 435 Mark, qualifizierte Hilfskräfte und Registratoren, ledige 405 Mark, verheiratete 460 Mark. Die Frauen erhielten bisher ein monatliches Gehalt von 350 bis 435 Mark. Den Hilfskräften wurde bisher ein Erholungsurlaub von drei bis vier Wochen gewährt.

Die Zentralheizung gestattet. Infolge der eingetretenen kalten Witterung hat die „Kohlenstelle Groß-Berlin den 13. Oktober als Zeitpunkt des Wiederbeginns für den Betrieb der Sammelheizungen festgesetzt. Es ist somit jeder Hauswirt seinen Mietern gegenüber verpflichtet von heute ab die Zentralheizung in Betrieb zu setzen.

Kraftwagenverkehr Berlin—Oranienburg. Da die Fertigstellung der Umgehungsbahn von Hüteberg über Nauen nach Oranienburg vorläufig nicht zu erwarten ist, hat das Reichspostministerium eine Ersatzverbindung durch die Einrichtung eines Kraftwagenverkehrs für die Post- und Personenbeförderung geschaffen. Die Kraftwagenverbindung wird über Oranienburg, Lehnitz, Schmachtenhagen, Schönerdorf, Wensickendorf, Wandlitz, Biesnitzer, Bernau führen. Es sollen täglich sechs Wagen verkehren. Die Fahrzeit für die 36,4 Kilometer lange Strecke ist auf ungefähr zwei Stunden vorgesehen. Die Aufnahme des Kraftwagenverkehrs wird noch im Laufe dieses Jahres erfolgen.

Gefälschte Zinsscheine der Kriegsanleihen. Nach dem Beschluß des Bundesrats vom 20. Oktober 1918 waren die am 2. Januar 1919 fälligen Zinsscheine der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs vom 23. Oktober 1918 bis zum 2. Januar 1919 zu ihrem Nennwert gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesen Zinsscheinen ist ein Teil durch Verfälschung des Nennwerts des Kapitalbetrages und des Fälligkeitstages in Zahlungsverkehr gebracht worden zum Schaden derjenigen, die derartige verfälschte Zinsscheine an Zahlungs Statt angenommen haben. Zurzeit sind auch wieder verfälschte Zinsscheine späterer Fälligkeitstermine (1. April 1919 und 1. Juli 1919) in Umlauf. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Zinsscheine der Kriegsanleihen des Deutschen Reiches nicht mehr gesetzliches Zahlungsmittel sind, sondern nur von den Ausgebern Stellen zur Einlösung oder an Zahlungs Statt angenommen werden.

Ein Denkmal für die gefallenen Straßenbahner. Auf dem Gelände des Straßenbahnhofes 22 in Weißensee wurde gestern nachmittag ein Denkmal für die im Kriege gefallenen Straßenbahner enthüllt. Das Denkmal ist in ehrenamtlicher Arbeit von den Kollegen der gefallenen Straßenbahner hergestellt worden und trägt auf zwei großen Gedenktafeln die Namen der Gefallenen, die in tempelartigen, von Säulen getragenen Aufbauten angebracht sind. Generaldirektor Wussow von der Großen Berliner Straßenbahn gedachte der Opfer des Krieges und besonders der Opfer, denen das Denkmal gewidmet ist. Von den 1200 Straßenbahnerstandern 7000 Mann im Felde und 1200 von diesen sind gefallen. Im Namen des Personals hielt der Obmann des Betriebsrates eine Gedächtnisrede. Mit dem Niederländischen Dankgebet schloß die Feier.

Gegen die kommunalen Arbeiterräte.

Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter.

Die Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Groß-Berlins beschäftigte sich gestern mit aktuellen Schulfragen und nahm grundsätzlich zu der Frage der kommunalen Arbeiterräte Stellung. Als erster Redner sprach Stadtverordneter Lehrer Hübener über die zukünftige Gestaltung der Schuldeputation. Er berührte eine Reihe von Leitsätzen. Nach ausgiebiger Debatte stimmte die Konferenz diesen Leitsätzen zu und nahm eine Resolution an, in der das preußische Ministerium für Wissenschaft und Volksbildung und die preußische Landesversammlung aufgefordert werden, möglichst bald, eventuell durch Notgesetz, eine klare Entscheidung herbeizuführen, daß die Vorschullehrer unter voller Wahrung ihrer materiellen Ansprüche bei Auflösung der Vorschulklassen an andere Schulen, insbesondere die Gemeindeschulen, verteilt werden dürfen, damit nicht an dieser Streitfrage der Abbau der Vorschulen und der Aufbau der Einheitsschule scheitert. Weiter werden die Behörden ersucht, zu sorgen, daß der Abbau der Privatvorschulen dem Wortlaut der Verfassung gemäß schleunigst erzwungen, und daß die Neueinrichtung solcher privaten Grundklassen rücksichtslos verboten wird.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die

grundsätzliche Stellungnahme zu den kommunalen Arbeiterräten.

Der Referent, Stadtverordnetenvorsteher Scholz (Neukölln) vertrat die Auffassung, daß die Arbeiterräte wohl im ersten Stadium der Revolution notwendig gewesen seien und auch Gutes geleistet hätten, daß sie aber jetzt, nachdem die Demokratisierung der Gemeinden durchgeführt und durch Gesetz gewährleistet sei, keine Existenzberechtigung mehr hätten und nach dem Grundsatz der Demokratie verschwinden müßten. — Sehr entschieden sprach sich auch Stadtrat Dr. Silberstein (Neukölln) für die Beseitigung der kommunalen Arbeiterräte aus. Für seine Anschauung bewies der Redner auf die Verhältnisse in Neukölln, wo wöchentlich gegen 3000 Mark für den kommunalen Arbeiterrat ausgegeben werden müßten, obwohl der Arbeiterrat nicht die geringste positive Arbeit leiste. Dr. Silberstein trat dafür ein, daß die Mehrheitssozialisten endlich den Mut der Ueberzeugung befunden müßten und gegen die Beibehaltung der kommunalen Arbeiterräte, deren die Unabhängigen ausgesprochenermaßen politische Funktionen zuweisen, Stellung nehmen müßten. Die Konferenz nahm gegen vier Stimmen die von Scholz befürwortete Resolution an. Die Entschließung besagt, daß nach Durchführung der demokratischen Verfassungsbestimmungen für die Gemeinden eine Notwendigkeit für das weitere Bestehen der kommunalen Arbeiterräte nicht mehr vorliegt. Sofern die sozialdemokratischen Fraktionen der Ansicht sind, nicht gewährsamen Sicherheiten für die Durchführung der Demokratie zu haben, soll es ihnen überlassen bleiben, durch beschlossene Kräfte den genügenden Einfluß zur Kontrolle zu schaffen. Diese Kontrolleinrichtung soll aber keine besondere Korporation darstellen, sondern der Gemeindeverwaltung verantwortlich sein.

Selbstmord eines Greises. Aus Furcht vor Erblindung hat sich der 75 Jahre alte frühere Kaufmann Adolf Freitag, der im Ruhestande lebte und in der Melchiorstraße 38 wohnte, das Leben genommen. Der alte Mann fürchtete, wie aus einem hinterlassenen Briefe hervorgeht, das Augenlicht zu verlieren. Er wollte deshalb nicht länger leben, ordnete die Verbrennung seiner Leiche an, bestellte eine Urnenstätte und schied dann an den Hausgenossen. Als dieser nach Empfang des Briefes gestern nachsah, fand er den Mieter in seiner mit Gas angefüllten Schlafstube tot im Bette liegen.

Eine Leiche mit durchschnittenem Halse wurde gestern in der Militärschwimmanstalt in Plötzensee gefunden. Die Ermittelungen ergaben, daß es sich um den 30 Jahre alten Schlosser Viktor Zebulla aus der Triftstraße 44 handelt, der seit acht Tagen vermißt wurde. Zebulla hatte vor seinem Verschwinden an seinen Bruder geschrieben, daß er sich das Leben nehmen werde, über den Grund aber nichts angegeben. Er hat sich dann selbst im Wasser den Hals durchgeschnitten.

Der Boykott des „Landbundes" gegen Berlin.

Der Zusammenbruch der Milchversorgung.

Wie wir hören, werden die maßgebende Stellen in den nächsten Tagen erneut zusammentreten, um zu dem Problem der Milchversorgung für Groß-Berlin Stellung zu nehmen. Die Lage im Milchhandel hat sich in der letzten Zeit so verschärft, daß die Feststelle Groß-Berlin zu außergewöhnlichen Maßnahmen gezwungen worden ist.

Die Milchversorgung ist jetzt bis auf 180 000 Liter pro Tag heruntergegangen. Das bedeutet, daß zur ordnungsmäßigen Versorgung mit Kinder- und Krankenmilch jetzt täglich 50 000 Liter fehlen. Die Feststelle Groß-Berlin bezieht, da die Einfuhrzahlen in erschreckender Weise sinken, durch Vermittelung der Reichsstelle jetzt täglich 20 000 Liter dänische Milch, die mit zur Verteilung kommen. Diese 20 000 Liter kosten pro Tag mit Transportkosten 40 000 Mark. Da die Stadt Berlin aus ihren Mitteln diese Riesensummen nicht bezahlen kann, hat sich die Regierung bereit erklärt, aus dem Milliardenfonds zur Senkung der Lebensmittelpreise ansehnliche Zuschüsse zu gewähren. Es muß damit gerechnet werden, daß der ungenügende Milchbezug aus der Mark Brandenburg und aus Sachsen in den Wiedermenaten wieder zurückgeht. Die Landwirte, die im „Landbunde" organisiert sind, drohen bereits, daß sie die Milchlieferung gänzlich einstellen werden, wenn eine höhere Schlachtviehabgabe von ihnen gefordert wird. Die Genossenschaft märkischer Milchproduzenten hat beschlossen, ihre in Berlin bestehende Meierei- und Milch-Sammelstelle aufzulösen. Das bedeutet, daß diese Kreise entschlossen sind, Berlin völlig zu boykottieren.

Gewaltige Mengen Milch werden im Schleichhandel nach der Reichshauptstadt verkauft. Die amtlichen Stellen haben sich mit der Gutsverwaltung in Verbindung gesetzt und vermochten so, festzustellen, daß die Käsemengen, die mit der Eisenbahn hier eintreffen, täglich einem Quantum von etwa 50 000 Liter Milch entsprechen. Die Milch, die im rohen Zustand für den Schleichhandel eingeführt wird, schätzt man auf über 15 000 Liter täglich. Wie lange will die Regierung diesem Treiben der Agrarier und ihres Anhanges noch tatenlos zusehen? Glaubt sie immer noch mit papierenen Verfügungen und Drohungen die Renitenten zu ihrer Pflicht bekehren zu können?

Der zweite Münchener Geiselmordprozeß.

München, 13. Oktober.

Unter großem Andrange des Publikums begann heute früh vor dem Volksgericht am Landgericht München I der zweite Geiselmordprozeß. Auf der Anklagebank erschienen der 18jährige Kellner Leopold Debus, der frühere Redakteur Rudolf Greiner, der Fliesenleger Alois Kammerstätter und der russische Student Andreas Strelenko aus Moskau. Alle vier haben sich unter der Anklage des Mordes in zehn Fällen beziehungsweise der Beihilfe zu verantworten.

Warnung vor Auswanderung. Das Reichswanderungsamt teilt mit: Die Kolonialhandels- und Farmgesellschaft m. b. H., Berlin S. 59, Gampshausenstraße 18, Leiter Kaufmann Josef Sendmann, wirbt für ein Siedlungsunternehmen in Argentinien. Die von ihr verbreiteten Werbeschriften benutzen jedes Lockmittel, um Mitglieder zu gewinnen. In den Auskünften auf Anfragen Auswanderungslustiger wurden falsche Tatsachen angegeben. Ein Siedlungsplan ist nicht aufgestellt. Sicherstellung der Einlagen der Gesellschaft ist nicht vorgesehen. Vor der Beteiligung an dem Unternehmen wird gewarnt.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Weiterbreiteten, in Westen und längs der Küste vielfach starke, im östlichen Binnenlande schwächere Regenfälle.

Verantwortliche Redakteure: für äußere Politik: Dr. Erich Mary, Berlin-Charlottenburg; für innere Politik: Karl Beitz, Berlin-Neukölln; für Kommunales, Groß-Berlin, Gerichtssaal und den Briefkasten: Friedrich Stieler; für Sport: Herbert Sommer, Berlin; für das Feuilleton: Friedrich Bulle, Berlin-Zehlendorf; für das „Tägliche Unterhaltungsblatt": Georg Siegert, Berlin-Zehlendorf; für den Inseratenteil: Paul Grüß, Berlin-Lichterfelde.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Berliner Volks-Zeitung
Nr. 219 Tägliches Unterhaltungs-Blatt Nr. 219

Schießl.

Der Roman eines Gauners.

(10. Fortsetzung.) Von (Nachdruck verboten.)

Hermann Wagner.

Er nahm wie in Gedanken ihre Hand und streichelte den molligen Unterarm. „Nein, nein, es ist gefährlich", beharrte er versunken, „wenn man so schön ist . . ."

Unter heftigem Erröten machte sie sich sanft los und entfernte zur Tür, während er ihr lächelnd nachsah. „Nein, Herr Schießl, — lassen Sie mich, — ich will zur Post . . ."

Hätte sie geahnt, welch eine qualvolle Stunde sie mit dem Brief, den sie fortrug, dem Empfänger bereiten würde, sie hätte sich vielleicht weniger beeilt, ihn los zu werden.

Herr Gottfried Schönbüchl schwankte eine Weile, ob er ihn annehmen oder seine Annahme verweigern solle. Letzteres hatte er seit jenem einen Mal nie mehr gewagt. So nahm er ihn denn auch heute an und öffnete ihn unter starkem Herzklopfen. Sein Inhalt brachte ihn um den letzten Rest seiner Ruhe.

Eine Stunde lang durchmaß er sein Zimmer, fluchend und schwitzend, und erwog, ob es nicht an Ende das beste wäre, der unerhörten Quälerei ein für allemal einen Riegel vorzuschieben, indem er in großzügiger Weise seinem Sohn eine Ablösungssumme von zwanzigtausend Mark anbot. Sicherlich würde sich „das Subjekt" damit zufrieden geben, und er hätte für den Rest seines Lebens Ruhe.

Doch seine Schäbigkeit und sein Trotz siegten. So setzte er sich denn in einen geschlossenen Wagen und fuhr zu seinem Rechtsfreund, um mit diesem zu beraten, was zu tun sei.

Doktor Trouba war kein Kirchenlicht in seinem Fach. Er las den Brief, machte eine arrogante Miene und meinte: „Lassen Sie nur das Geschreibsel da. Ich werde dem Kerl antworten. Er soll uns kennen lernen."

„Um Gottes willen", flehte Herr Gottfried Schönbüchl, „ich bitte Sie, — seien Sie vorsichtig!"

Doktor Trouba lächelte. „Unbesorgt, ich bin schon mit ganz anderen Gaunern fertig geworden."

„Ich denke, wir bieten ihm Geld an", schlug Herr Gottfried Schönbüchl ängstlich vor.

„Ja, nachdem wir ihn zuvor durch die Androhung einer Strafanzeige klein und gefügig gemacht haben. Das bringe ich leicht fertig . . . Wieviel wollen Sie dem Kerl geben?"

„Ich gehe bis zu zehntausend Mark."

„Unsinn", höhnte Doktor Trouba. „Solche Erpresser tun's für fünfhundert, wie ich sie kenne."

„Der nicht", entschied Herr Schönbüchl bestimmt. „Bieten Sie ihm fünftausend. Aber seien Sie vorsichtig und reizen Sie ihn nicht; er ist zu allem fähig!"

„Unsinn, Erpresser sind immer feige. Sie haben nur noch nicht im richtigen Ton mit ihm verhandelt. Mein Wort darauf, in acht Tagen sind Sie ihn los!"

„Gott geb' es", seufzte der verzagte Vater, setzte sich wieder in seinen geschlossenen Wagen, verstrich sich, um unsichtbar zu sein, im äußersten Winkel und fuhr heim.

Doktor Trouba aber diktierte Fräulein Schwarzer, seiner Stenotypistin, folgendes Schreiben in die Maschine: „An den Agenten Gottfried Schießl, hier. Ich bin von meinem Klienten, Herrn Gottfried Schönbüchl, beauftragt, die Strafanzeige gegen Sie zu erstatten, da Sie mit Ihren Versuchen nicht aufhören, auf höchst plumpe und durchsichtige Art Geld von ihm zu erpressen, das Ihnen gesetzlich in keiner Weise zusteht. Die Strafanzeige wird von mir unnachsichtig nach Verlauf von drei Tagen überreicht, falls Sie nicht bis dahin in meinem Bureau eine Erklärung unterschrieben haben, in der Sie geloben, fortan alle Erpressungsversuche zu unterlassen. In Anbetracht der Tatsache, daß Sie der uneheliche Sohn des Herrn Gottfried Schönbüchl sind, ist letzterer, ohne dazu verpflichtet zu sein, auch bereit, Ihnen eine gewisse Abfertigung zuzuzahlen. Doktor Isidor Trouba, Rechtsanwalt."

„Das wird wirken", sagte Doktor Trouba zu seiner Stenotypistin, die zugleich auch seine Vertraute war. „Morgen hier anklopfen hören. Damit er vollends weich wird, lassen Sie ihn ruhig eine Stunde im Vorzimmer warten."

Am nächsten Morgen war sowohl Doktor Trouba wie Fräulein Schwarzer auf das höchste gespannt. Doch es wurde Mittag, ohne daß sich der Erwartete, bleich und mit den Zähnen klappernd, einstellte.

„Der Kerl fürchtet sich", sagte Doktor Trouba. „Am Nachmittag wird er schon da sein. Nur nicht gleich vorlassen, werten Sie sich das. Er soll zappeln."

Allein auch der Nachmittag verstrich ohne das erhoffte Resultat, und nur Herr Gottfried Schönbüchl läutete telephonisch an: „Hat er sich gerührt?"

„Noch nicht", antwortete Doktor Trouba. „Er hat eine Frist von drei Tagen. Der Brief ist ihm in alle Glieder gefahren. Er traut sich nicht und zögert so lange als möglich. Morgen wird er angeschlichen kommen."

Schießl aber kam weder am nächsten noch am übernächsten Tage angeschlichen, sondern ließ die Frist, binnen der er dem Staatsanwalt überliefert werden sollte, verstreichen, ohne ein Lebenszeichen von sich zu geben.

„Was nun?" stöhnte Herr Gottfried Schönbüchl durchs Telephon. „Ich glaube, Sie haben den Karren rettungslos verfahren!"

„Ich?" wehrte Doktor Trouba gekränkt ab.

„Sie hätten ihm nicht mit der Strafanzeige drohen sollen, wenn man doch keine Handhabe hat sie zu erstatten!"

„Womit hätte ich ihm denn sonst drohen sollen?"

„Das ist Ihre Sache, da Sie doch behaupten, in solchen Dingen so geschickt zu sein . . . Er wird jetzt sicher etwas gegen mich unternehmen!"

„Das wäre nur zu begrüßen. Vielleicht macht er eine Dummheit und wir können ihn packen."

„Das will ich aber nicht!" schrie Herr Gottfried Schönbüchl außer sich. „Ich will Ruhe haben auf meine alten Tage!"

„Regen Sie sich nicht auf", beschwichtigte ihn Doktor Trouba, denn zu schwanen anfing, daß der Gauner Schießl von einem ganz anderen Format war, als er geglaubt hatte. „Ich will noch einen Tag warten. Stellt er sich bis morgen nicht, dann will ich es mit einem anderen Brief versuchen . . ."

Am nächsten Morgen klopfte es an die Tür des Doktor Trouba'schen Anwaltsbureaus, und auf den Anruf des Fräulein Schwarzer trat ein höchst eleganter Herr ein, ein wahrer Hühne von Gestalt, sehr hübsch, doch mit einer Miene, die kalt und ernst war.

Er sah Fräulein Schwarzer durchdringend an, neigte leicht den Kopf zum Gruß und stellte sich vor: „Mein Name ist Gottfried Schießl."

Fräulein Schwarzer erschrak bis in das innerste Mark hinein. Wie, sah so der „Bursche" aus, der Erpresser, mit dem benahm ihr fast den Atem.

„Ist Ihr Doktor zu sprechen?" fragte Schießl knapp und sehr scharf.

Trotz ihrer Verwirrung erinnerte sich Fräulein Schwarzer, daß ihr befohlen war, diesen Besuch warten zu lassen. „Bitte, nehmen Sie Platz", stotterte sie. „Der Herr Rechtsanwalt ist momentan beschäftigt. Sie müssen ein wenig warten."

„Wie?" sagte Schießl mit erhobener Stimme und seine Miene verhieß nichts Gutes. „Ich bin nicht gewohnt, daß man mich warten läßt, — am wenigsten dann, wenn man etwas von mir will! Meine Zeit ist kostbarer als die eines beliebigen Esels!"

Und mit einer Geste, die das eingeschüchterte Mädchen gleichsam in das Nichts zurückstieß, in das es gehörte, schritt Schießl auf die Tür des Zimmers zu, in dem Doktor Trouba thronte, stieß sie auf und trat, ohne anzuklopfen, ein.

(Fortsetzung folgt.)